

Gegen US-Militärdoktrin weiter zur Wehr setzen

## Bush kündigt weitere „gefährliche Arbeit im Antiterrorkampf“ an

**K**ritik und Protest gegen die völkerrechtswidrige Politik der USA und ihrer Verbündeten gehen auch nach der Erklärung von US-Präsident Bush weiter, dass die Kampfhandlungen im Irak weitgehend beendet seien. Mit gutem Grund, wie die von Bush am Wochenende an Bord des US-Flugzeugträgers Abraham Lincoln abgegebene Erklärung zeigt, im Antiterrorkampf stehe noch „gefährliche Arbeit“ bevor.

In Konstanz machten die Teilnehmer des 12. Internationalen Bodensee-Ostermarsches, der DGB-Kundge-

bung zum 1. Mai sowie einer bemerkenswerten Veranstaltung von Volkshochschule und Stadtbücherei mit dem ehemaligen Leiter des UN-Hilfsprojektes „Öl für Lebensmittel“ in Bagdad, Graf Hans von Sponeck, unzweideutig klar: Es gilt auch weiterhin, sich entschieden gegen die US-Militärdoktrin zur Wehr zu setzen, dem irakischen Volk als Opfer des Krieges Beistand und Hilfe zu leisten sowie gegen die Verschlechterung der Lage eines Grossteils der Weltbevölkerung durch Globalisierung zu kämpfen.

*Fortsetzung auf Seite 2*

## Gegen Sozialabbau zur Wehr setzen

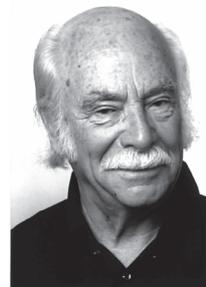
**D**er Protest gegen den beabsichtigten umfassenden Sozialabbau durch Regierung und Unternehmer stand an diesem 1. Mai auch im Mittelpunkt der Konstanzer Maiveranstaltung des DGB. Frank Stroh von der Stuttgarter IG-Metallbezirksleitung rief zur Gegenwehr gegen die Diffamierungen und Hetzkampagnen insbesondere von CDU- und FDP-Seite gegen die Gewerkschaften auf. „Es ist an der Zeit, dass wir in den nächsten Wochen zeigen: wir lassen uns nicht zu den Prügelknaben der Nation machen“, sagte er. Dies gelte auch im Hinblick auf die entsprechenden Pläne der Regierung. Was dort vorgelegt worden sei, verdiene nicht den Namen Reform. Wer die wirklich wolle, müsse die Ursachen angehen. Die SPD habe schliesslich in ihrem Wahlprogramm erklärt, sie bekenne sich zu ihrer „besonderen Verantwortung gegenüber den Schwachen in unserer Gesellschaft“. Jetzt aber solle ein erheblicher Teil der Bevölkerung belastet werden. Wenn das von der Bundesregierung vorgelegte Paket so realisiert werde, müsse dies zum Bei-

spiel zwangsläufig angesichts des grossen Teils älterer Arbeitsloser für viele direkt in die Altersarmut führen. Auch Opfer eines gelockerten Kündigungsschutzes würden vor allem ältere Menschen werden, zumal schon heute 32 Prozent aller Entlassungen durch Arbeitgeberkündigungen erfolgten. Angesichts der Tatsache, dass 48 Prozent der Erwerbslosen in der Bundesrepublik zur Zeit angelernte oder ungelernete Kräfte seien, werde die gegenwärtige Ausbildungsplatzmisere durch drohenden Facharbeitermangel die Zukunftsfähigkeit der gesamten Wirtschaft beeinträchtigen.

Skandalös seien die Vorschläge zur Reform des Gesundheitswesens. Damit werde Gesundheit künftig eine „Frage des Einkommens“, sagte Stroh. Deshalb könnten die Gewerkschaften auch eine Erhöhung der Altersgrenze für den Renteneintritt auf 67 Jahre nicht mittragen. Schon heute sei kein Betrieb mehr bereit, ältere Menschen zu beschäftigen.

Auch Bernhard Hanke vom DGB-Ortskartell, der unter den Veranstal-

*Fortsetzung auf Seite 3*



*Im  
übrigen  
meine  
ich...*

## „Wie sich die Bilder gleichen ...“

**M**it dem Ende der „grösseren militärischen Operationen“ (lt. Bush) geht die Zeit der „eingebetteten Journalisten“ mit ihren so „überzeugend“ objektiven Berichten zu Ende. Jetzt ist die Phase der rückblickenden Beurteilung, des Triumphgeheuls (siehe auch die bekannten Aussagen von L. Gremliza und Enzensberger) aber da und dort auch der historischen Einordnung. Ich wähle den zuletzt erwähnten Weg. Weil es auch meiner altersbedingten Mühe, einen Bleistift zu führen (andere Möglichkeit hat so ein Relikt aus einem früheren Jahrhundert nicht) entgegenkommt, bin ich auf eine etwas unkonventionelle Idee gekommen: Während meiner langjährigen Tätigkeit als Moderator der Berliner Friedenskoordination habe ich die vierwöchentlichen Einladungen zu unseren Sitzungen immer mit Berichten und Analysen „geschmückt“. Aus diesen Unterlagen möchte ich einiges zitieren. Ob ich damit meine Absicht, auf diese Art und Weise die Bezüge zur aktuellen Situation herzustellen, erreiche, muss ich Eurer Beurteilung überlassen. Zunächst zum Irak-Krieg ein Ausschnitt aus der Einladung zum 3.3.91: „Der Vorwurf des Antiamerikanismus, einer anti-israelischen, gar antisemitischen Haltung in der Friedensbewegung hat zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Dass sich Leute wie H. M. Enzensberger u. a. in diesen Chor bezahlter und unbezahlter Agi-

*Fortsetzung auf Seite 4*

## Bush kündigt weitere ...

Fortsetzung von Seite 1

### Internat. Ostermarsch 2003

Der Ostermarsch mit etwa 1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der Schweiz und Deutschland – unterstützt von über 50 Initiativen aus beiden Ländern und aus Österreich – stand unter dem Motto: „Eine friedliche Welt ist möglich – Kein Krieg im Irak und anderswo – Internationale Solidarität für eine gerechte Welt“. Auch der Konstanzer Oberbürgermeister Horst Frank, der die Schirmherrschaft der Veranstaltung übernommen hatte, betonte in einem Grusschreiben die Aktualität öffentlicher Demonstrationen für die Erhaltung des Friedens in der Welt. Nicht nur die UNO müsse gestärkt werden. Es gelte sich ebenfalls einzusetzen für einen internationalen Völkergerichtshof und Verbote von Waffen, die auch gegen die Zivilbevölkerung gerichtet seien.

Die österreichische Nationalratsabgeordnete der Grünen, Sabine Mandak, verurteilte auf der Kundgebung nachdrücklich die Bush-Politik des Präventivschlags. Damit würde die Gewaltspirale hochgeschraubt und noch mehr Kriege ausgelöst. Den Preis für einen solchen Völkermord zahle immer die Bevölkerung. Durch die Globalisierungspolitik nehme gleichzeitig die Armut in der Welt weiter zu. Dem müsse eine Bewegung für eine andere Verteilung der Güter auf dieser Welt entgegengesetzt werden.

Der Biologe Beat Dietschy von der ökumenischen Arbeitsstelle im schweizerischen Sankt Gallen, Teilnehmer des Weltsozialforums von Porto Alegre, betonte, die Freude über das Ende der Herrschaft von Saddam Hussein sei getrübt angesichts eines Krieges, der das Völkerrecht untergraben und auf brutale Weise verletzt habe. „Wir fragen uns, wo sind die Massenvernichtungswaffen“, sagte er. Dabei hätten alle diese vor Augen, denn die Aggressoren selbst benutzten mit Uran angereicherte Waffen und Streumunition. Die USA hätten selber mit Bin Laden viel mehr zu tun als Saddam Hussein und gäben mit ihrem Vorgehen dem Terrorismus ständig neue Nahrung: „Man kann Frieden und Demokratie nicht herbeibomben. Wer Krieg sät,



Tobias Pflüger, IMI Tübingen

wird nicht Frieden ernten“. Der Widerstand gegen eine solche Politik, wie er sich in dieser Demonstration zeige, sei ein hoffnungsvolles Zeichen. In Wirklichkeit gehe es dem Bush-Clan um die Kontrolle über die zweitgrößten Ölreserven der Welt und in der Aussenpolitik um eine neue über dem Völkerrecht stehende Politik, nach der ein Angriffskrieg ein Verteidigungskrieg sein solle: „Der Irak wurde dafür als Testfall gewählt“. Dieses neue Recht diffamiere die UNO zum Erfüllungsgehilfen der US-Politik, höhle Instrumente der kollektiven Sicherheit aus und führe zur Militarisierung der internationalen Beziehungen. „Der Zorn über das Unrecht ist lebenswichtig“, sagte Dietschy. „Wir brauchen ihn für unseren aufrechten Gang und unsere Würde – doch auch die Regierenden, damit sie nicht kuschen vor dem Imperium. Alle müssen wir dafür sorgen, dass sich das Bush-Feuer nicht zu einem globalen Flächenbrand entwickelt.“ Rüstungsprogramme und Rüstungsexport müssten überall eingestellt, die Einladung des Schweizer Bundespräsidenten an Bush für den 1. Juni abgesagt werden. Unter grosser Zustimmung schloss Dietschy: „Und vergessen wir nicht, was uns Arundhati Roy in Porto Alegre sagte: wir sind viele und sie nicht.“

Der Tübinger Friedensforscher Tobias Pflüger von der „Informationsstelle Militarisierung“ hob hervor, künftig sei noch mehr internationale Zusammenarbeit notwendig als bisher. Für die Friedensbewegung könne er sich nur der Forderung der irakischen Bevölkerung bei Demonstrationen

anschlüssen: „Besatzer raus“. Dieser Krieg, der tausende tote und schwerverletzte Zivilisten forderte, sei nicht zu Ende. Die Tatsache, dass in Bagdad nach dem amerikanischen Einmarsch nicht Kulturstätten, sondern das Ölministerium vom US-Militär geschützt wurde, zeige, dass diese Aggression den Zugang zum Öl diene. Es sei nie um die Beseitigung von Massenvernichtungswaffen gegangen, sondern um eine andere Hegemonieordnung in der Region. „Wir begrüssen, dass Saddam Hussein nicht mehr an der Macht ist“, sagte Pflüger. „Bei seinem Sturz jubelten Millionen. Doch gebe es Bush nicht, würde die ganze Welt jubeln.“

Kritik übte Pflüger daran, dass Schröder und Fischer trotz ihrer Aussagen gegen den Krieg dafür gesorgt hätten, dass im militärischen Bereich „alles funktionierte“, vieles für die Amerikaner über deutsche Standorte und mit deutscher Hilfe lief. Dies gehöre wohl zu der Strategie, dass deutsche Firmen beim Wiederaufbau im Irak beteiligt werden sollten. Damit wolle die deutsche Regierung nun von dem Krieg profitieren. In seiner Rede wandte sich Pflüger gegen die Aufstellung von EU-Interventionstruppen. „Wir wollen weder eine Weltmacht USA noch eine Weltmacht EU und schon gar keine neue Weltmacht Deutschland“, betonte er. Mit dem neuen Bundeswehrkonzept und seiner Expansions-Strategie solle das Präventivkriegskonzept künftig auch in Deutschland gelten: „Das wollen wir nicht“. Der geplante Sozialabbau und die Rüstungspläne gehörten zusammen. Der Rüstungshaushalt sei der einzige, der nicht gekürzt werde. Gemeinsam mit den Globalisierungsgegnern müsse auch für eine gerechte Weltwirtschaftspolitik gekämpft werden.

### Hans von Sponeck

Der langjährige UN-Diplomat Hans Graf von Sponeck, der im vergangenen Jahr aus Protest gegen die Embargopolitik gegen den Irak von seinem Amt als Leiter des UN-Hilfsprogramms in Bagdad zurücktrat, machte

#### IMPRESSUM

SEEBLÄTTELE, herausgegeben von der PDS/Linke Liste Konstanz. V.i.S.d.P.: M. Venedey, Jakobstrasse 81b, 78464 Konstanz

Zuschriften, Leserbriefe, Stellungnahmen, Kritik an Fax: 0 75 31-95 85 27, E-Mail: getedok@t-online.de



in seinem Vortrag auf der überfüllten Veranstaltung in der Konstanzer Volkshochschule unmissverständlich klar: „Jede Diskussion über den Irak muss mit dem Satz anfangen: dieser Krieg ist völkerrechtswidrig gewesen.“ Mit einer gezielten Kampagne von Desinformationen sei schon lange vor Beginn des Krieges ein falsches Bild über den Irak verbreitet worden, wie dies bereits auch im Golfkrieg 1990 geschehen sei. Immer wieder habe es Versuche gegeben, den Irak mit terroristischen Angriffen gegen amerikanische Einrichtungen oder mit der Versendung von giftigen Substanzen in Verbindung zu bringen, ohne dass dies bewiesen werden konnte. Ebenso seien bei der jetzigen Aggression keine Massenvernichtungswaffen gefunden worden, wengleich US-Verteidigungsminister Rumsfeld vor einigen Tagen wiederum verkündet habe: „Wir werden sie finden“. Den Amerikanern gehe es nicht um Demokratie oder Menschen-

rechte, soviel sei sicher, sondern um Öl. Schon 1913 – als England Mandatsmacht im Irak war – habe Winston Churchill darauf hingewiesen, es müsse möglichst jener Teil an Öl gesichert werden, „den wir selbst brauchen“. Und auch jetzt habe der gegenwärtige Vorsitzende im US-Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Lugar, im Senat erklärt, man werde das Öl nicht den Irakern in die Hände geben. Gewiss gehöre der schlimme Diktator Saddam Hussein – „aufgebaut von unseren Politikern, von unseren Firmen“ – in das Wachfigurenkabinett des Schreckens. Aber eigentlich müssten Bush und Blair dort gleich neben ihm stehen.

„Wir müssen stolz darauf sein, dass die Amerikaner von der UNO keine Zustimmung zum Krieg bekommen haben“, betonte von Sponeck. Die 191 Mitgliedsstaaten, die hierzu nicht bereit waren, seien nur der UNO-Charta gefolgt. Es komme jetzt darauf an, dass Regierungen, Europäische Gemeinschaft und die Bürger bereit seien, den betroffenen Menschen in jeder Weise zu helfen. Im Irak dürfe es keine „Rekolonialisierung“ geben, kein Duett der Amerikaner mit Exil-Irakern. Bei der Terrorismusbekämpfung, die auch als Vorwand für die Aggression benutzt worden sei, gehe es um die Bekämpfung von Ursachen, auch um Armutsbekämpfung, denn sie sei immer ein Boden für die Verleitung zum Terrorismus gewesen. „Für mich gibt es heute zwei Grossmächte, die Amerikaner und das internationale Gewissen“, fügte er hinzu. „Wenn das internationale Gewissen schweigt, dann schwächt man diese zweite Grossmacht und damit macht man sich auch

mitschuldig.“ Die Ausführungen des langjährigen UN-Diplomaten stiessen in der anschliessenden Diskussion auf breiteste Zustimmung, insbesondere auch sein Appell, den Widerstand gegen die Kriegspolitik nicht einschlafen zu lassen. Die Friedensbewegung und alle mit ihr zusammenarbeitenden Organisationen müssten weiterhin aktiv bleiben, um Einfluss nehmen und behalten zu können.

Mit grossem Interesse wurde die Anregung eines Schweizer Lehrers aufgenommen, Lehrstoff über Völkerrecht, internationales und humanitäres Recht im Schulunterricht zu behandeln, weil dies zu einer entsprechenden Mobilisierung junger Menschen beitragen könne. „Wenn man sich unterkriegen lässt, dann ist man selber schuld“, konstatierte von Sponeck. Beifall erhielt eine im Rollstuhl teilnehmende junge Frau für ihre Anregung, ob Behinderte in Deutschland nicht Hilfe für Behinderte im Irak leisten könnten. Sponeck erklärte dazu, es wäre auch gut, wenn Schulen oder Bürger Menschen aus dem Irak einladen könnten, um zu zeigen, dass man mit ihnen fühle.

## 1. Mai

Auf der DGB-Kundgebung zum 1. Mai kritisierte auch Frank Stroh von der IG Metall-Bezirksleitung Stuttgart die Arroganz, mit der die USA und ihre Verbündeten sich über alle Proteste gegen die Verletzung des Völkerrechts hinwegsetzten. Das Regime von Saddam Hussein könne nicht die Bomben auf Bagdad und andere Städte, die vielen Toten und erst recht nicht einen Angriffskrieg rechtfertigen. Es gelte nun, auf die bevorstehende humanitäre Katastrophe zu reagieren. Umgehende auch internationale Hilfsprogramme wie zum Beispiel von Seiten der EU seien notwendig.

eb

## Gegen Sozialabbau ...

tionungsgästen Oberbürgermeister Frank begrüßte, übte heftige Kritik an den Vorschlägen der Bundesregierung, die einen Sozialabbau bedeuteten. Auch er wies darauf hin, dass insbesondere ältere Beschäftigte oder Langzeitarbeitslose die Opfer solcher Gesetzesänderungen würden. Die

Verantwortlichen sollten sich an die Feststellung des Grundgesetzes „Eigentum verpflichtet“ erinnern. „Wir müssen uns mehr einmischen. Auch in die Politik vor Ort. Sonst wird mit uns Politik gemacht“, erklärte Hanke.

Auch das Frauenkabarett „Menschen zufällig weiblich“ nahm in seinem Programm Rüstungs-, Sozial- und Umweltpolitik kritisch unter die

Lupe. Den Nachmittag beherrschte die Rockband „Schwester Gaby und Station 3“. Rund um die Konzertschele im Stadtgarten, Ort der DGB-Veranstaltung, hatten Gewerkschaften, Parteien, Friedens- und Solidaritätsgruppen Stände aufgebaut, an denen sie die Kundgebungsteilnehmer mit Informationsmaterial und Büchern versorgten.

eb

tatoren eingereicht haben, verstärkt die ohnehin spürbare Verunsicherung innerhalb der Friedensbewegung. Wir sind wieder einmal in die Defensive gedrängt, was uns nötigt, unsere ganze Kraft darauf zu verwenden, unsere „Unschuld“ zu beweisen. Jene Gruppen, deren Ziel es ist (zum Wesen der psychologischen Kriegführung gehört es, solche Absichten zu verschleiern), die Kriegsstimmung zu erhalten bzw. anzuheizen, können mit ihrer Wirkung einigermaßen zufrieden sein. Sie haben uns dazu gebracht, uns nicht ausschliesslich dem einzigen Ziel, den Krieg sofort zu beenden, zu widmen, sondern uns in dem Versuch zu verzetteln, die erwähnten, höchst professionell vorgebrachten Vorwürfe zu entkräften. Trotz des unentwegten Geschwätzes der Meinungsmacher von der „Wahrung der Menschenrechte“ scheint die ihnen hörige Majorität nicht von einer wirklich humanen Gesinnung getrieben zu sein. Nach unserer Empfindung müsste sonst ein gewaltiger Aufschrei jene Regierungen hinwegfegen, die für diesen Völkermord verantwortlich sind. Unser Entsetzen angesichts der Tatsache, dass in jeder Minute Menschen sinnlos umgebracht werden, mag als „naiv“ betrachtet werden. Solange uns diese „Naivität“ vor der Gewöhnung an den Schrecken bewahrt und wir weiterhin

die Verantwortung spüren, uns für die Unterdrückten und Ausgebeuteten einzusetzen, sollten wir diese Kennzeichnung ruhig hinnehmen.“

Zum hier angesprochenen Problem der Friedensbewegung noch ein Auszug vom 30.4.1989: „Der gelegentliche Versuch, die sogenannte Gewaltfrage bzw. das Problem des staatlichen Gewaltmonopols zu erörtern, scheiterte an dem Selbstverständnis des überwiegenden Teils der Friedensbewegung. So wie es gerade auch innerhalb der Linken einen Reflex gibt, beim Wort RAF mit der Beschwörungs- und Selbstbeschwichtigungsformel von der „politischen Sinnlosigkeit“ zu reagieren, so empfinde ich es als politisch ähnlich ungenügend, sein prospektives Denken am Tabu der „Gewaltfreiheit“ enden zu lassen. Um nicht missverstanden zu werden: Selbstverständlich ist das politische Fazit der Ereignisse um den Herbst 77 rückblickend ebenso desillusionierend (es gab eben keine revolutionäre Situation) wie es politisch sinnlos, also höchst inopportun und kontraproduktiv gewesen wäre, in den vergangenen Jahren die Friedensbewegung über die Ebene gewaltfreier Demos hinausführen zu wollen. Für mich gab es aber in dieser Zeit eine sich entwickelnde Bewegung, von der ich annahm, dass sie zumindest die Potenz in sich trägt, gegebenen-

falls diese Grenzüberschreitung zu wagen. Wenn ich auch mit einigem, insbesondere dem gepflegten (im doppelten Sinne des Wortes) Antisowjetismus, der in weiten Teilen der Alternativen Liste (Grünen) herrschte, nicht einverstanden war, ruhte doch die Hoffnung auf einer grundsätzlich systemkritischen Opposition auch in dieser Partei“.

Zum Thema Friedensbewegung noch eine aktuelle Anmerkung: Wie soll sie weiterbestehen, wenn ihre ganze Geschichte nur von Misserfolgen gekennzeichnet ist. Das war 1915 so (ich will und kann nicht weiter zurückgehen), als die Weltöffentlichkeit protestierend vom Abschlichten der Armenier durch die Türken erfuhr, welchen Erfolg hatte der von der geistigen Elite Europas 1932 nach Amsterdam einberufene Friedenskongress, was bewirkten die Ostermärsche (1960 bis heute), was die riesige Bewegung gegen die Stationierung der US-Raketen 1979–1985 und was der millionenfache, weltweite Einsatz gegen die völkerrechtswidrigen US-Kriege gegen den Irak.

Die Antwort ist klar. Trotzdem: auch in einer aussichtslosen Situation darf ein verantwortungsbewusster, anständiger Mensch um der Behauptung seiner eigenen Würde und Selbstachtung willen nicht schweigen.  
*Michael Venedey*

## Dokumentiert:

Einsetzung eines Ombudsmanns

Konstanz, 22.4.2003

Sehr geehrter Herr Frank,

bei der letzten Gemeinderatssitzung, als es um die Entschuldung der Aufsichtsratsmitglieder der Bodenseearena ging, fiel mir wieder ein, dass mein Vorgänger im Stadtrat an Sie vor ziemlich genau einem Jahr den Antrag gestellt hat, für Konstanz die Stelle eines Ombudsmanns zur unabhängigen Kontrolle finanzieller Vorgänge einzurichten. Herr Venedey bat Sie, diesen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung zu setzen. Man sagt zwar, dass gut Ding Weile braucht, aber ein ganzes Jahr ist wohl zu viel des Guten! Hinsichtlich der vergangenen und möglicherweise anstehenden Projekte ist die Forderung von Herrn Venedey so aktuell wie zur Zeit seiner Antragstellung.

Ich stelle deshalb erneut den Antrag zur Einrichtung der Stelle für einen Ombudsmann und bitte Sie, dies nach entsprechender Vorbereitung in der Verwaltung auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung zu setzen.

Es geht darum, diese Stelle mit einer integren Persönlichkeit zu besetzen, die einschlägige Vorgänge ungehindert kontrollieren kann und dem Gemeinderat in regelmäßigen Abständen berichtet. Der Nutzen dieser Stelle würde eine besoldete Stelle rechtfertigen, möglicherweise kann sie aber auch als Ehrenamt mit Aufwandsentschädigung besetzt werden.

Ich bedanke mich im Voraus für Ihre Mühe und grüße Sie freundlich

Monika Schickel (Gemeinderätin der PDS/LL)  
Z. K. an alle Fraktionen, die NL und die Presse

(Die Antwort des OB liegt mittlerweile vor: Der Tagesordnungspunkt „Ombudsmann“ wird auf der Juli- oder September-Gemeinderatssitzung auf der Tagesordnung stehen.)